



Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes Christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schreibleitung: Düsseldorf, Königsplatz Nr. 7. Fernruf Nr. 4423

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Verlag: C. M. Schäfer, Düsseldorf, Königsplatz Nr. 7. Druck und Versand Joh. van Nieuwen, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4692.

An unsere Mitglieder!

In letzter Zeit sind von unseren Mitgliedern vielfach Klagen über unregelmäßige und verspätete Ankunft der Verbandszeitungen und Postfächer erhoben worden. Diese Verhältnisse werden sich in nächster Zeit voraussichtlich bedeutend verschlimmern.

Es muß damit gerechnet werden, daß größere Störungen und Störungen eintreten und die Verbindungen mit den Mitgliedern nicht überall aufrecht erhalten werden können.

Wir bitten unsere Mitglieder dringend, diese Verhältnisse als unvermeidlich zu betrachten. Wir leben in schweren Schicksalstagen. Es gilt auch jetzt, dem Verbands die Treue zu bewahren, den Kopf hoch zu halten und den Glauben an unser Volk und Vaterland nicht zu verlieren.

Die Verbandsleitung.

Die Erfordernisse der neuen Zeit.

Hier kommen Fragen von größter Wichtigkeit in Betracht. Mit denselben befaßte sich besonders die am 29 und 30. Oktober dieses Jahres in Duisburg tagende, sehr stark besuchte Ausschusssitzung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften. Der feste Wille und die kraftvolle Entschlossenheit, mit allen Kräften an dem Wiederaufbau unseres, durch schwere Schicksalsschläge heimgesuchten Vaterlandes, mitzuarbeiten, kamen allseitig zum Ausdruck. Der Glaube an unsere Sache, an Deutschlands Volk und Zukunft darf und soll nicht ins Wanken kommen. — Deutschland steht, nach dem völligen Zusammenbruch seiner Verbündeten, zwar jetzt ganz allein, und die Lage ist außerordentlich ernst für uns, jedoch hat das deutsche Volk in vier schweren Kriegsjahren Leistungen vollbracht, welche ohne Beispiel in der Geschichte da stehen. Diese Leistungen sichern unserem Volke einen ehrenvollen Platz unter den Völkern der Erde und geben ihm einen berechtigten Anspruch auf Daseins- und Lebensmöglichkeit.

An dem monarchischen Gedanken hält die christlich-nationale Arbeiterschaft einmütig fest. Von einem sozialen Volkstaktismus erwartet die christlich-nationale Arbeiterbewegung das Beste für Vaterland und Arbeiterstand. Unbeschadet dessen, was der eiserne Gang der Dinge mit sich bringen wird, brachte man öffentlich die Ansicht zum Ausdruck, daß eine erzwungene Abdankung des Kaisers der Nation nicht zum Segen gereichen würde. (Inzwischen sind die Würfel bereits gefallen. Die Sozialdemokratie hat in dem kritischen Augenblick, wo im Innern des Landes die Ruhe an vielen Stellen ernstlich gefährdet war, ein Ultimatum gestellt, in welchem die Abdankung des Kaisers verlangt und mit dem Austritt der Sozialdemokratie aus der Regierung gedroht wurde. Höchste Not und Sorge um die Eintracht des Volkes haben dann zur Abdankung des Kaisers geführt. Unsere grundsätzliche Stellungnahme bleibt davon unberührt. Im gegenwärtigen Augenblick sind außerordentlich große und folgenschwere Umwälzungen im Gange; dazu kommen die inzwischen bekannt gewordenen, furchtbaren harten Massen-

standsbedingungen unserer Feinde. Hoffen wir, daß unsere Besürchtungen über die Abdankung des Kaisers und manche sonstige Besürchtungen, welche wir in gegenwärtiger Stunde haben, sich nicht bewahrheiten werden und Deutschlands Bestand gesichert bleibt. Die Schrifteleitung.)

Die Ausschusssitzung nahm auch Gelegenheit, zu der Entwicklung unseres Verfassungslebens zum demokratischen Volksstaat Stellung zu nehmen. Die vollzogenen, tiefgehenden Umwandlungen wurden als dringende staatliche Notwendigkeit anerkannt und im Interesse unserer Zukunftsentwicklung begrüßt. Die jetzige Regierung muß von allen Schichten des Volkes, ungeachtet ihrer politischen Anschauungen, nach Kräften in ihren Friedensbemühungen unterstützt werden. Jede Ministerarbeit, sowohl von rechts wie von links, ist in dieser ernstesten Stunde dem Wohl der Gesamtheit nachträglich und muß aufs schärfste zurückgewiesen werden. Nach dem völligen Zusammenbruch unserer Verbündeten ist Deutschland auf sich ganz allein gestellt. Innere Geschlossenheit ist jetzt die erste Vorbedingung, um einen erträglichen Frieden zu bekommen. Wir müssen uns damit abfinden, daß dieser Frieden uns schmerzliche Opfer auferlegen wird. Einen schwachvollen Unterwerfungsfrieden, der uns entehren und die Lebensmöglichkeiten der Zukunft unterbindet, muß das deutsche Volk jedoch mit aller Entschiedenheit ablehnen. Für die Schaffung einer starken, unzerbrechlichen Einheitsfront sind schleunige, grundlegende Reformen in unserem militärischen und wirtschaftlichen System unerlässliche Voraussetzung.

Es ist zu fordern für die Armee:

1. die Einheitsverpflegung von Offizieren und Mannschaften, die nur durch Abschaffung der Offiziersküchen zu erreichen ist;
2. radikales Verbot der Exzesse von Lebensmitteln, die auf Kosten der Mannschftsverpflegung aus der Armee nach Hause geschickt werden;
3. Reformen des Beförderungswesens, insbesondere Abschaffung der Voraussetzung des Einjährigengzeugnisses für die Offizierslaufbahn;
4. allseitige anständige Behandlung der Soldaten;
5. Reform der Entlohnung zwischen Mannschaften und Offizieren.

Für die innere Front in der Heimat stehen folgende dringliche Forderungen im Vordergrund:

1. radikale Maßnahmen der schärfsten Art gegen jeglichen Wucher;
2. vollständige Erfassung aller Kriegsgewinne, auch der Kleinen, zu Gunsten der Allgemeinheit. — Auf Bereicherung während der Kriegszeit hat niemand einen Anspruch. Unsere Soldaten, die vier Jahre gekämpft, und Blut und Leben für die Volksgesamtheit eingesetzt, haben mehr geleistet wie irgend jemand in der Heimat und haben dabei keine Gelegenheit zum Geldverdienen gehabt;
3. schärfster Kampf gegen das ärgerniserregende Drohnen- und Schlemmerleben breiter, wohlhabender Schichten;
4. verstärkte soziale Fürsorge für die Armen. Vor allem Erleichterung in der Beschaffung von Kleidung, Wäsche, Schuhzeug usw.
5. enge Zusammenarbeiten zwischen Behörden und Vertretern der großen Volksorganisationen; nicht nur bei den Zentralstellen in Berlin, sondern auch im Lande;

6. beschleunigte Regelung der Arbeitslosenfürsorge, da nach dem Abschluß des Waffenstillstandes bezw. Kriegsende mit einer großen Arbeitslosigkeit zu rechnen ist.

Diese Forderungen, die einmütig von der Ausschussführung der christlichen Gewerkschaften erhoben wurden, sollen durch die Vertreter der Organisationen bei den zuständigen Stellen mit allem Nachdruck vertreten werden. Die Tagung war von der Ueberzeugung durchdrungen, daß in den weltgeschichtlichen Umwälzungen der Gegenwart und bei dem zukünftigen Wiederaufbau unseres deutschen Volkslebens die christlich-nationale Arbeiterbewegung eine weltgeschichtliche Mission zu erfüllen habe.

Von der Kriegs- zur Friedensarbeit.

Bei der Beendigung des Krieges werden Millionen von Arbeitskräften für die friedliche Wirtschaftsarbeit frei. Da aber während des Krieges ein Teil der Wirtschaft völlig stillgelegt, der andere Teil zwecks Beschaffung von Kriegsbedarf umgestellt wurde, kann der Übergang zur Friedenswirtschaft nicht so ohne weiteres vollzogen werden. Im Reichstag ist deshalb im Zusammenwirken mit allen berufenen amtlichen Stellen längst ein Plan beraten worden, nach welchem die Umstellung der Betriebe, der Austausch der Arbeitskräfte, die Zurückführung und Platzierung der im Heere dienenden Angestellten und Arbeiter durchgeführt werden sollte. Dafür war ein längerer Zeitraum, sowie die Mitwirkung der Heeres- und Marineverwaltung vorgesehen. Nachdem nun ein Waffenstillstandsangebot vorliegt und die Truppenzurückziehung möglicherweise sehr bald und rasch erfolgen muß, so kann der alte Demobilisierungsplan nicht in allen Teilen aufrecht erhalten werden. Im Reichswirtschaftsamt wird nun neuerdings beraten, in welcher Weise bei einer raschen Demobilisierung verfahren, wie Arbeitslosigkeit und Härten vermieden werden sollen.

In der Sitzung des Reichstagsausschusses für Handel und Gewerbe am 26. Oktober 1918 wurde darüber verhandelt und durch Unterstaatssekretär Dr. Müller das Ergebnis der bisherigen Beratungen mitgeteilt. Darnach ist nicht beabsichtigt, die in der Rüstungsindustrie beschäftigten Arbeiter plötzlich zu entlassen, sondern sie noch einige Zeit weiter zu beschäftigen oder auf Wartegeld zu stellen. Ausscheidende Frauen und Mädchen sollen nötigenfalls unterstützt, und die Familienversicherung in dieser Richtung ausgebaut werden. Die Frage der Einführung einer allgemeinen Erwerbslosenunterstützung wird im neugebildeten Reichsarbeitsamt beraten und der gesetzgeberischen Lösung entgegengeführt. Außerdem sollen Notstandsarbeiten unter Aufwendung von Milliarden von Mark in Auftrag gegeben werden, sowohl vom Reich, wie von den Einzelstaaten und den Gemeinden. Eine Verkürzung der Arbeitszeit, die von der Großindustrie im allgemeinen bereits zugestanden ist, und die Aufnahmefähigkeit der freierwerbenden und zurückkehrenden Arbeitermassen in diesen Betrieben steigern. Durch Heimerschaffung der Gefangenen sowie der fremden Arbeiter werden mehr als eine Million Arbeitsstellen frei.

In der Landwirtschaft kann mindestens dieselbe Zahl untergebracht werden. Bei der Besprechung darüber wurde die Frage aufgeworfen, ob gegebenenfalls, zwecks Zuführung von Arbeitskräften zur Sicherung unserer Brotverforgung und Ernährung, gewisse Zwangsmittel angewendet werden sollten, und diese Frage wurde bejaht, auch von dem unabhängigen Sozialdemokraten Abg. Brandes (Halberstadt). Kollege Abg. Becker (Arnsberg) führte dazu aus, daß durch ein geordnetes Arbeitsnachweiswesen und entsprechende Bestimmungen bei der Erwerbslosenunterstützung die Sache sich regeln lasse, ohne daß eine Beschränkung der Freizügigkeit einzutreten braucht. Damit aber die Landarbeiter nicht schutzlos sind, müssen Einrichtungen geschaffen werden, wie sie das Hilfsdienstgesetz vorgesehen und angeordnet hat.

Die Zurückführung, Entlassung und Unterbringung der im Felde stehenden Soldaten und Militärdienst leistenden Arbeiter und Angestellten sollen in der Hauptsache nach dem

alten, früher schon veröffentlichten Mobilisierungsplan erfolgen. In erster Linie werden wohl diejenigen Gruppen zurückgeführt, die zum Wiederaufbau des Staats- und Wirtschaftslebens sofort notwendig sind, wie Betriebsunternehmer, Werkmeister, Land-, Berg- und Transportarbeiter und Beamte aller Art. Sobald die Zurückführung möglich ist, wird den Landwirten, Gewerbetreibenden und Unternehmern die Möglichkeit gegeben werden, die namentliche Anforderung von Arbeitskräften zu bewirken, so daß diese auf einem möglichst kurzen Wege in die Heimat und an ihre alte Arbeitsstätte gebracht werden können.

Eine Hauptfrage bildet die Rohstoffbeschaffung für eine Reihe von Industrien. Es besteht Grund zu der Annahme, daß, wenn die Militärverwaltung ihre Vorratslager öffnet und die Vorräte herausgibt, Gewerbe und Industrie für längere Zeit hinaus versorgt und beschäftigt werden können. Die Klein- und Mittelbetriebe sollen bei der Rohstoffzuteilung in gleichmäßiger Weise berücksichtigt, und nicht einzelne Großbetriebe bevorzugt werden. Bei den Beratungen im Reichstagsausschuß wurde auch die Kleider- und Wohnungsfrage berührt und die Regierung aufgefordert, die nötigen Maßnahmen zu deren Lösung ins Auge zu fassen. S. P.

Allgemeine Rundschau.

Zinscheine der fünfprozentigen Kriegsanleihe sind gesetzliche Zahlungsmittel.

Wegen der Knappheit von Geldumlaufsmitteln hat der Bundesrat beschlossen, daß die am 2. Januar 1919 fällig werdenden Zinscheine der fünfprozentigen Reichskriegsanleihe als „gesetzliches Zahlungsmittel“ gelten sollen. Es ist nun hier und da vorgekommen, daß Arbeiter bei der Lohnzahlung die Zinscheine zurückgewiesen haben. Andererseits ist es auch vorgekommen, daß Geschäftsleute die Annahme der Zinscheine verweigerten. Es sei deshalb ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die als Zahlungsmittel erklärten Zinscheine gleichwertig und gleichberechtigt sind mit allen anerkannten Zahlungsmitteln, besonders mit dem Papiergeld. Sie müssen zu dem auf den Scheinen aufgedruckten Betrage nicht nur von allen öffentlichen Kassen, sondern auch im privaten Verkehr als Zahlungsmittel angenommen werden. Die Arbeiter und Arbeiterinnen können also in keiner Weise eine Schädigung erfahren, wenn sie diese Zinscheine in Zahlung nehmen.

Allgemeine Arbeitslosenfürsorge durch das Reich.

Die mit Beendigung des Krieges einsetzende Arbeitslosigkeit zwingt zu umfassenden Fürsorgemaßnahmen. Im Reichsarbeitsamt und den in Betracht kommenden Stellen besaßte man sich bereits mit den zu treffenden Maßnahmen für eine umfassende Arbeitslosenfürsorge. Wie verlautet, soll die Arbeitslosenfürsorge für das ganze Reich obligatorisch eingeführt werden. Alle Staaten und Provinzen müssen eine Arbeitslosenfürsorge einrichten. Die Mittel sollen das Reich mit etwa 60 v. H., der Staat mit etwa 30 v. H. und die Stadt oder die Gemeinde mit etwa 10 v. H. aufbringen. Die Sätze der Unterstützung für die Arbeitslosen sollen so geregelt werden, daß als Mindestsatz der Unterstützung der ortsübliche Tagelohn gezahlt wird. Auf diesem Satz aufbauend sollen entsprechend den Verhältnissen der Gemeinden die Unterstützungen erhöht werden. Eine entsprechende Verordnung ist zu erwarten.

Man verkennt seitens der leitenden Stellen nicht, daß das deutsche Volk, besonders die Arbeiterchaft, welche so Großes während der vier harten Kriegsjahre geleistet haben, in Zeiten der Arbeitslosigkeit mit Recht erwarten kann, daß sie eine entsprechende Unterstützung von Reichswegen erhalten.

Aus unserer Industrie.

Die Vertreterversammlungen der neuen Reichswirtschaftsstellen für die Textilindustrie

Haben in letzter Zeit sämtlich getagt und die vorgesehene Ausschüsse gewählt. Die Bedeutung dieser Ausschüsse ist nicht unwesentlich, weil dieselben die laufenden Arbeiten der Reichswirtschaftsstellen zu erledigen haben und mit der Reichsstelle für Textilwirtschaft und dem Reichswirtschaftsamt in enger Fühlung stehen. Allerdings beauftragen die Ausschüsse meist den gewählten Vorstand, bezw. das Präsidium, mit der Erledigung der Hauptarbeiten, weshalb sich für die Mitglieder der Vorstände öftere Sitzungen notwendig machen.

Unseres Wissens ist die Reichswirtschaftsstelle für Seide die einzige, welche einen Arbeiter mit in das Präsidium hineingewählt hat und zwar in der Person unseres Kollegen Joh. Müller, Bezirksleiter in Grefeld. Sodann haben wir unseren früheren Mitteilungen noch hinzuzufügen, daß der Kollege Camps, Bezirksleiter in Münster, ebenfalls in den Ausschuß der Reichswirtschaftsstelle für Jute gewählt worden ist. — Auch von den anderen Textilarbeiterverbänden sind Vertreter in die Ausschüsse gewählt worden. Zu erwähnen ist noch, daß der Reichstagsabgeordnete Präbig, der Schriftleiter des „Textilarbeiter“, Organ des deutschen Textilarbeiterverbandes, zum Mitglied der Reichsstelle für Textilwirtschaft ernannt wurde.

Ueber die Aussichten der Ersatzstoffindustrie, insbesondere der Papiergewebe,

für die Friedenswirtschaft verbreitete sich kürzlich in einem Vortrag in Köln der Leiter der Ersatzstoffabteilung der Reichsbekleidungsstelle, Herr Dr. Hölcher. Der Vortragende entwickelte die Gründe, die uns zur Aufnahme dieser Ersatzstoffindustrie gezwungen hätten und wies auf deren große Fortschritte während der kurzen Zeit ihres Bestehens hin. Was die Aussichten für die Friedenszeit betreffe, so werde man an eine dauernde Anfertigung von Kleidungsstücken wohl nicht denken können. Oberbekleidung aus Papier würde uns trotz aller Vervollkommnung in einer erheblichen Unzulänglichkeit von den anderen Kulturvölkern zu unserem Nachteil unterscheiden, weshalb dieser Gedanke fallen müsse. Unterbekleidung könne schon deshalb nicht dauernd in Betracht kommen, weil den Papiergespinnsten die Fähigkeit fehle, die Ausdünstungen des menschlichen Körpers aufzusaugen, was ein auf die Dauer unerträgliches gesundheitliches Nachteil sei. Aber nichtsdestoweniger bleibe der neuen Industrie noch ein weites Feld der Betätigung übrig. Und dieses Feld möglichst weit auszudehnen und intensiv zu beackern, liege im dringenden Interesse unserer Volkswirtschaft, da wir dadurch im Rohstoffbezug vom Auslande unabhängiger würden.

Die Versorgung der deutschen Textilindustrie mit Wolle.

In den letzten Tagen ist in München eine sehr wichtige Versammlung der bayerischen Wollzüchter abgehalten worden, auf welcher auch die Kriegsrohstoffabteilung und andere Vertreter staatlicher Behörden anwesend waren. Aus den Verhandlungen wurde bekannt, daß die erst im Mai dieses Jahres mit 7 Teilnehmern ins Leben gerufene Wollwertungsgesellschaft jetzt bereits 44 Genossen zählt, und daß nicht weniger als 4000 Zentner Wolle gemeinsam verwertet seien. Allgemein würde zugegeben, daß bei richtiger Organisation es möglich wäre, den Verbrauchern noch größere Mengen zur Verfügung zu stellen, allerdings nur dann, wenn die Preise, die keineswegs hohe seien, entsprechend geregelt wären. Dabei ist zu berücksichtigen, daß den Wollerzeugern auch eine gewisse Mindestmenge der Wolle zum eigenen notwendigen Gebrauch zu überlassen sei. Man beschloß, im Notfall in Verbindung mit den außerbayerischen Wollzüchterverbänden

und im gegebenen Fall auch im Zusammenschluß mit der Verbänden der Verarbeiter weitere Verhandlungen eintreten zu lassen.

Nochmals: „Biersener Aktienspinnerei und Weberei“.

In Nr. 43 der „Textilarbeiterzeitung“ brachten wir die Mitteilung, daß durch Vermittlung des Schaffhausen'scher Bankvereins die Mehrheit des Aktienkapitals der Biersener Aktienspinnerei und Weberei an eine Berliner Textilgruppe übergegangen sei und Käufer Herr Joseph Blumenstein aus Berlin sein solle. Hierauf teilt uns nun Herr Blumenstein mit, daß diese Mitteilung nicht der Wirklichkeit entspricht und er keine Aktien des genannten Unternehmens besitze.

Zahl der Textilarbeiter in Deutschland vor dem Kriege

Im Jahre 1913 hatten wir in Betrieben mit mehr als 10 Arbeitern 956 076 Textilarbeiter = 12,9% der gesamten Arbeiter.

Auf die einzelnen Bundesstaaten verteilen sich dieselben wie folgt:

Preußen	405 212	= 9,2%	der gesamten Arbeiter
Sachsen	257 379	= 30 %	„ „ „
Elßaß	77 105	= 29,4%	„ „ „
Bayern	66 563	= 10,6%	„ „ „
Württemberg	57 862	= 21 %	„ „ „
Baden	36 621	= 12,9%	„ „ „
Neuß, ältere und jüngere Linie	22 402	= 53,6%	„ „ „
ab. Bundesstaaten	32 932	= 5,2%	„ „ „

Aus unserer Bewegung.

Nicht ehrenhaft.

In der Zeit vom 1. 7. 17 bis 1. 7. 1918 wurden von unserem Verbands für mehr als 24 Millionen Mark Lohn-erfolge erzielt. Das macht auf den Kopf aller beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen etwa 4,50—5,— M. pro Woche aus.

Nun gehören von den an den Bewegungen beteiligten Arbeitern und Arbeiterinnen, wenn wir die in den anderen Verbänden Organisierten abrechnen, etwa 40000 keiner Organisation an. Diese „Leute“ stecken die gewerkschaftlichen Erfolge aber gern in die Tasche. Sie sind diejenigen, welche oft sogar am lautesten rufen und schreien, daß nicht genug erzielt worden ist. Wo es ans Ernten geht, sind sie als „erster Mann“ mit dabei; das Pflügen, Düngen und Säen überlassen sie aber ihren Mitarbeitern. Es muß diesen Arbeitern und Arbeiterinnen mit aller Deutlichkeit klar gemacht werden, daß es wenig ehrenhaft, ja sogar eine Schande ist, sich auf Kosten der Mitarbeiter und Arbeiterinnen Vorteile zu verschaffen, ohne selbst ein Opfer dafür zu bringen. Im gewöhnlichen Leben nennt man solche Leute „Schmarroher“.

Das Ehrgefühl sollte bei allen Arbeitern und Arbeiterinnen mehr ausgeprägt sein. Kürzlich gebrauchte einer unserer Kollegen für das Verhalten vieler Unorganisierten folgenden Vergleich: „In einer Familie sind Vater und vier erwachsene Söhne vorhanden. Der Vater und zwei Söhne schaffen tüchtig; die beiden anderen Söhne tun nichts, aber wenn es ans Essen geht, sitzen sie zuerst am Tische. Das ist ein schändliches Verhalten, und schließlich sagen der Vater und die beiden arbeitenden Söhne: nun hört die Geschichte allen Ernstes auf; wer nicht mitarbeiten will, soll auch nicht mit essen!“ Der Vergleich mag etwas drastisch sein, ist aber an sich gar nicht übel.

Es ist sicher, daß vielen Unorganisierten die unehrenhafte Rolle, welche sie spielen, gar nicht so recht zum Bewußtsein kommt. Darum müssen wir bei diesen das Gefühl für Arbeiterehre und Arbeiter-solidarität

wenden. Wer von den Unorganisierten noch Arbeiterehre und Solidaritätsgefühl im Leibe hat, der sehe das durch sein Verhalten begangene Unrecht an seinen Mitarbeitern und seinem Stande ein und schließe sich unserem Verbands an. Jeder Textilarbeiter und jede Textilarbeiterin gehört in die Berufsorganisation. Nochmals: es ist höchst unehrenhaft, sich auf Kosten anderer Vorteile zu verschaffen!

Erhebliche Erfolge für die Tucharbeiter und -arbeiterinnen.

Seitens der drei Textilarbeiterorganisationen sind Verhandlungen mit den Organisationen der deutschen Tuchfabrikanten gepflogen worden. Das Bekleidungs-Beschaffungsamt hatte die Vermittlung übernommen und fanden die Verhandlungen unter dem Vorsitz eines Vertreters des Bekleidungs-Beschaffungsamtes in Berlin statt. Dieselben nahmen geraume Zeit in Anspruch, ehe eine Einigung erzielt wurde. Die getroffenen Vereinbarungen bedeuten im allgemeinen eine erhebliche Verbesserung der Verhältnisse der in der Tuchindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Mit Wirkung ab 4. November wurde folgendes vereinbart:

Für Weber und Weberinnen wird pro tausend Schuß (einschließlich aller Zulagen u.) als Mindestlohn gezahlt:

In Orten unter 5000 Einwohner	für Tuch	für Decken
" " von 5 — 25000 "	23 Pfg.	31 Pfg.
" " " 25 — 100000 "	25 " "	33 " "
" " " über 100000 "	27 " "	35 " "
" " " " " "	28 " "	37 " "

Die Mindestlohnätze in der Tuchweberlei müssen für männliche und weibliche Arbeiter gleich sein.

Die Lohnerhöhung für die Nichtweber, also für alle anderen Arbeiter der Tuchindustrie, beträgt 35%.

Wo nach dem 1. September 1918 Lohnerhöhungen eingetreten sind, werden dieselben aufgerechnet.

Arbeitschluß soll an den Sonntagen um 12 Uhr mittags sein.

Der genaue Wortlaut der Vereinbarungen wird durch das Bekleidungs-Beschaffungsamt festgelegt und den Beteiligten dann zugestellt. Zur Zeit, wo diese Zeilen in die Druckerei gegeben werden, ist der Wortlaut der Vereinbarungen vom D. S. A. noch nicht herausgegeben. Im übrigen ist den einzelnen Firmen von den Arbeitgeberorganisationen bereits Mitteilung über die Vereinbarungen und die jetzt zu zahlenden Löhne gemacht worden.

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

Lobberich.

Ein unsoziales Verhalten, welches an die Zeiten vor dem Kriege erinnert, legte hier die Firma J. L. de Ball, besonders der Betriebsleiter der Firma, an den Tag. Die Firma, Samt- und Samtbandfabrik, stellt Kriegserzeugnisse her. Sie zahlt für dieselben Artikel bedeutend weniger an Lohn, als wie das in Grefeld der Fall ist.

Bereits vor einigen Monaten traten die Weberinnen der genannten Firma in einen Streik, der drei Tage dauerte und den Weberinnen eine bescheidene Aufbesserung brachte. Zu erneuten Differenzen kam es Mitte September zwischen den Papierspinnerinnen und der Firma. Ein Stundenlohn von 50 Pfg. wurde damals als unerhörte Forderung bezeichnet. Am 18. September legten diese Arbeiterinnen ebenfalls die Arbeit nieder. Die Firma ging dann dazu über und entließ vier Arbeiter, Väter der in den Ausstand getretenen Arbeiterinnen, welche bis zu 37 Jahren bei der Firma gearbeitet hatten. Dieselben sollten ihre Töchter zwingen, die Arbeit wieder anzunehmen.

Inzwischen nahm sich unsere Verbandsleitung der Sache an. Die Erregung war groß, und die Papierspinnerinnen, von denen nur ein kleinerer Prozentsatz organisiert war, einschließlich der Spulerinnen und Weberinnen, verlangten, daß

endlich mal mit den schlechten Verhältnissen und den eigenmächtigen, einseitigen Lohnfestsetzungen der Firma gebrochen würde. Die Firma lehnte zunächst, bei Verhandlungen am 28. September, Lohnaufbesserungen ab und verlangte bedingungslos Wiederaufnahme der Arbeit. Daraufhin legten auch die anderen Arbeiterinnen die Arbeit nieder. Nachdem nach vorausgegangener öffentlicher Versammlung die Angelegenheit dem Bürgermeister unterbreitet war, wurde auch die Vermittlung des Kriegsamts in Düsseldorf angerufen. Leheres hat auch Schritte unternommen, jedoch der Verbandsleitung weiter keine Nachricht mehr zukommen lassen. Bei nochmaligen Verhandlungen mit unserer Verbandsleitung erklärte sich die Firma zu geringen, keineswegs befriedigenden Zugeständnissen bereit. Die vier entlassenen Väter der ausständigen Arbeiterinnen wurden kurz darauf wieder eingestellt.

Da im übrigen durch das unsoziale Verhalten der Firma keine Einigung zu erzielen war, bemühte sich dieselbe mit aller Gewalt, die Spinnmaschinen wieder besetzt zu bekommen. Dazu waren besonders die Lagermädchen außersehen, von denen mehrere dem Druck nachgaben und sich zu der Streitarbeit bereit fanden. Da auch mehrere der zum allergrößten Teil unorganisierten Papierspinnerinnen nach und nach anfangen zu wanken, endete die Bewegung ohne den gewünschten Erfolg für die Arbeiterinnen.

Es ist unverständlich, daß die Firma de Ball (das gleiche gilt auch für die Firmen Schwarz in Grefrath und Girmes in Dede) für sich das Recht in Anspruch nimmt, bedeutend niedrigere Löhne für gleiche Artikel und Arbeiten zu zahlen, wie die genau gleichartigen Firmen in Grefeld. Sie haben denselben Auftraggeber und erzielen dieselben Preise. Es wäre an der Zeit, daß die maßgebenden Stellen hier un-nachlässig Remedur schafften. Wir möchten allerdings nicht verfehlen, die Firmen schon jetzt auf die neueren Beschlüsse der Reichswirtschaftsstellen hinzuweisen.

Das Vorkommnis in Lobberich beweist aber, wie dringend notwendig ein restloser Zusammenschluß der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Organisation ist. Möge die Lobbericher Arbeiterschaft aus dem Vorkommnis die notwendige Lehre ziehen.

Berichtigung.

Von den in Nr. 44 unseres Verbandsorgans veröffentlichten gemeinsamen Einlagen der Textilarbeiterverbände, betreffend die Forderung und Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge, ist die Einlage an den Kriegsminister nicht abgesandt worden. Es handelte sich um einen Entwurf, dessen Veröffentlichung während der Erkrankung des Schriftleiters unseres Organs irrtümlich erfolgte.

Inhaltsverzeichnis.

An unsere Mitglieder! — Artikel: Die Erfordernisse der neuen Zeit — Von der Kriegs- zur Friedensarbeit. — Allgemeine Rundschau: Hinsicht auf die fünfprozentigen Kriegsanleihe sind gesetzliche Zahlungsmittel. — Allgemeine Arbeitslosenfürsorge durch das Reich. — Aus unserer Industrie: Die Vertreterversammlungen der neuen Reichswirtschaftsstellen für die Textilindustrie. — Ueber die Aussichten der Erbschaftsindustrie, insbesondere der Papiergewebe. — Die Versorgung der deutschen Textilindustrie mit Wolle. — Nochmals: „Biersener Aktienspinnerei und Weberei“. — Zahl der Textilarbeiter in Deutschland vor dem Kriege. — Aus unserer Bewegung: Nicht ehrenhaft. — Erhebliche Erfolge für die Tucharbeiter und -arbeiterinnen. — Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten: Lobberich. — Berichtigung.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Bernhard Otto,
Düsseldorf, Konradstraße Nr. 7.